

Jahresmedienkonferenz, 27. April 2016, Bern

**Ernst Bachmann, Vizepräsident GastroSuisse,
Präsident GastroZürich**

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben es gehört oder gelesen:

- vom immer härter werdenden Verteilungskampf und von sinkenden Umsätzen,
- von den grossen Problemen des Tourismus in den Bergen,
- vom Einkaufs- und Gastronomie-Tourismus ins nahe Ausland
- vom Abfluss von Wertschöpfung
- und von der Hochkosteninsel Schweiz

Wir im Gastgewerbe erleben diese Probleme tagtäglich!

Diese Entwicklung macht uns Sorgen. Sie macht unserer Branche zu schaffen und kostet Wettbewerbsfähigkeit.

Und dazu kommt noch ein weiteres Phänomen: die immer höhere **Regulierungsdichte**. Jeder, der heute einen Betrieb führen möchte, muss sich mit einem Berg von Vorgaben auseinandersetzen. Wer einen Betrieb leitet, wendet gut und gerne die Hälfte seiner Zeit zur Erledigung der Administration auf. Für die eigentliche Aufgabe, nämlich Gastgeber zu sein, bleibt immer weniger Zeit.

Ja, es braucht Regeln und Gesetze. Aber bitte solche mit Vernunft und Augenmass. Solche also, die sich im anspruchsvollen Alltag eines Unternehmens auch sinnvoll umsetzen lassen!

Ich bin der Meinung, dass wir vom Staat heute unternehmerisch zu sehr eingeschränkt werden. Die Fülle von Regulierungen ist zu einer hohen Belastung für die KMU geworden. Das schwächt auch unsere Wettbewerbsfähigkeit und unser Wachstum.

Alle reden von Entlastung. Doch das Gegenteil ist der Fall.

Dazu einige Beispiele, die dem Zürcher Gastgewerbe (und anderen auch) das Leben schwer machen:

- die strengen Vorschriften für Boulevard-Kaffees etwa,
- komplizierte und lange Baubewilligungsverfahren so zum Beispiel für Sonnenschirme,
- die Beschränkung von Parkplätzen und die geplanten enormen Gebührenerhöhungen,
- die Genehmigungspflicht für alles, das in die sogenannte „öffentliche Luftsäule“ ragt. Und wenn es sich auch nur um eine Tafel handelt, die drei Zentimeter von der Wand ins Freie ragt.

Für uns Wirte schiessen solche Bestimmungen über das Ziel hinaus.

- Deutlich über das Ziel hinausgeschossen - so würde ich auch das Projekt mit dem Namen „**Largo**“ des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit zusammenfassen. Ich spreche damit das Verordnungsrecht zum Lebensmittelgesetz an.

Wir haben in der Schweiz einen hohen Standard an Konsumentenschutz, Hygiene und Lebensmittelsicherheit. Zudem hat sich die Branche selber eine Leitlinie gegeben: die „Gute Verfahrenspraxis im Gastgewerbe“. Eine Leitlinie, die Ende 2012 vom Bundesamt für Gesundheit für gut befunden wurde und daher auch beim Vollzug anerkannt ist.

Wir sind deshalb froh, dass die 2'000-seitige Vorlage der Verwaltung abgespeckt werden konnte. Für die Aufklärung eines Gastes mit Lebensmittel-Allergien im

Restaurant braucht es glücklicherweise nun doch keinen Beipackzettel zur Menükarte. Für einmal hat hier der gesunde Menschenverstand obsiegt und der mündige Konsument kann vom fachkundigen Gastgeber unbürokratisch zur Speisenwahl beraten werden.

- Mit der neuen Verordnung soll jedoch auch die Herkunftsdeklaration erweitert werden. Das widerspricht der Zielsetzung der Gesamtrevision, die Handelshemmnisse mit der EU abzubauen. Stattdessen würden mit einem eigentlichen „Swiss Finish“ neue aufgebaut. Erhebliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung in der Praxis wären vorprogrammiert. Eine detaillierte Herkunftsdeklaration wäre zudem ein Qualitätsmerkmal mit Kostenfolge.

Das Gastgewerbe ist ein Business von Menschen für Menschen. Bei aller Regulierungswut des Staates wollen wir Wirte uns den unternehmerischen Spielraum wahren, engagierte Gastgeber zu sein und zu bleiben.

Wenn der Staat uns also helfen will, dann soll er:

- für gleich lange Spiesse aller Mitspieler im Markt sorgen und
- bei der Regulierung der KMU „nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen“.

Wir unsererseits werden zudem auch in Zukunft nicht müde werden, für eine Mindestqualifikation von Neu-Gastronomen zu kämpfen.

Der professionelle Gastgeber achtet von sich aus darauf, dass im Betrieb alles stimmt und der Gast mit Freude und Vertrauen wiederkehrt. So bestünde letztlich auch weniger Grund für die vielen Vorschriften.

Damit wäre allen gedient.